

# Linke Strategien für Europa

## Einleitung zum Schwerpunkt

von Kai Burmeister, Ole Erdmann, Björn Hacker und Sebastian Jobelius<sup>1</sup>



Foto: © bluedesign - fotolia.com

Es könnte alles so schön sein. Wenn sich im März 2017 die Unterzeichnung der Römischen Verträge zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) durch die sechs Gründerstaaten zum 60sten Mal jährt, hätte man zurückblicken können auf einen erfolgreichen Integrationsverlauf. Ein Prozess mit Höhen und Tiefen zwar, aber in der Summe die 1957 gesteckten und viele weitere Ziele der „ever closer union“ unter der positiven Anteilnahme der Bürgerinnen und Bürger erreichend. Stattdessen werden die Europäischen Institutionen ebenso wie die Staats- und Regierungschefs zu den geplanten Feierlichkeiten die historische Rückschau zur Warnung vor Zerfall, Separation und Sezession in der heutigen EU nutzen.

## Sehenden Auges in die Integrationskrise

Denn der Integrationsprozess verläuft seit geraumer Zeit alles andere als zufriedenstellend. Deutlicher formuliert sind die EU-Institutionen zwar formal noch intakt, aber die politischen Auflösungserscheinungen sind nicht mehr zu übersehen. Europa gelingt keine gemeinsame, ja nicht einmal eine abgestimmte Antwort auf Wirtschaftskrisen, Migrationsströme, außen- und sicherheitspolitische Herausforderungen oder gar auf Gerechtigkeits- und Verteilungsfragen. Die Krisen der jüngeren Zeit und ihr Missmanagement haben die Spaltung der EU in Interessenblöcke vertieft, haben die gemeinsamen Institutionen unfähig aussehen lassen und zur Abwendung vieler Bürgerinnen und Bürger geführt. Statt europäischer Idee blüht in den meisten Ländern der Union der nationalistische Populismus, dessen Auslöschung einst vordringliches Ziel der transnationalen Souveränitätsteilung war.

Was ist schiefgelaufen? Zu lange hat man in den Hauptstädten ignoriert, dass gemeinsame

<sup>1</sup> Kai Burmeister arbeitet als Gewerkschaftssekretär und ist Mitglied im Kreisvorstand der SPD Stuttgart und der spw-Redaktion.

Ole Erdmann, Dipl. Volkswirt, ist Sprecher des Europaforums der Köln SPD und Mitglied der spw-Redaktion.

Dr. Björn Hacker ist Professor für Wirtschaftspolitik an der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) Berlin.

Sebastian Jobelius ist Leiter des Ministerbüros im Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Projekte nicht nur eine eng begrenzte Abgabe von Kompetenzen bedeuten, sondern über die Zeit weitere Integrationsschritte verlangen. Die Garantie der Binnenmarktfreiheiten ohne Sozialstandards eröffnet Dumpingstrategien Tür und Tor. Die einheitliche Geldpolitik ohne korrespondierende fiskalische Instrumente kann krisenverschärfend wirken. Personenfreizügigkeit ohne abgestimmte Innen- und Asylpolitik kollabiert im Belastungstest. Grundrechte ohne Durchsetzungsgewalt bleiben nicht mehr als eine uneinlösbare Verheißung.

### **Die EU wird global dringend benötigt, ist aber nicht einsatzbereit**

Dringend hätte die EU diese Baustellen bearbeiten müssen. Doch mit den notwendigen Kompetenzen hat man den Staatenverbund nicht ausgestattet. Seit dem 2005 gescheiterten Verfassungsvertrag für die EU gab es keine übergreifende Initiative mehr, die über punktuelle Problemlösung hinaus das gemeinsame Politikgestalten in Europa ins Zentrum gerückt hätte. Stattdessen hat man die einende Wirkung den Marktkräften überlassen, da der gemeinsame Acquis hier am weitesten ausgebaut ist. Doch ein Europa des Marktes, der Wirtschaftsinteressen und des Wettbewerbs ist ein Europa mit Schlagseite. Ihm fehlen die Marktkräfte einhegenden und ihre Produktivität in gerechte Bahnen lenkenden starken Gemeinschaftsinstitutionen und -prozesse. Diese wiederum sind aber Voraussetzung für den politischen Anspruch, ein spezifisches europäisches Gesellschaftsmodell zu gestalten und damit auch die Globalisierung beeinflussen, vielleicht gar inspirieren zu können. Nur so gewinnt man Bürgerinnen und Bürger, sich hinter dem „Projekt Europa“ zu versammeln, sich progressiv einzumischen, es gegen Widerstände zu verteidigen. Oder, wie Jacques Delors es formulierte: „Niemand verliebt sich in einen Binnenmarkt.“

Angesichts des Belastungstests, vielleicht gar des drohenden Zerfalls der von uns lange als garantiert angenommenen Bastionen des Rechtsstaats und der Gewaltenteilung in den USA sowie der auf Kooperation und ein Netz an internationalen Institutionen gründenden

westlichen Staatengemeinschaft, fällt die europäische Lücke umso stärker ins Auge. Wo Putin, Assad oder Erdogan schon die Axt an das erträumte Gebäude friedlicher internationaler Zusammenarbeit auf Basis demokratischer und rechtsstaatlicher Werte gelegt haben, setzt Trump nun direkt den Dachstuhl in Brand. Damit der Funke des rechten Populismus über Orban und Kaczynski hinaus nicht weiter überspringt und den Brandstiftern Le Pen, Wilders oder Petry den aschgrauen Weg zurück in den Nationalstaat ebnet, müssen sich die Europäer nun endlich zur Verteidigung ihres Gemeinschaftsprojektes zusammenraufen.

Wir sehen drei Wege, die von den Europäerinnen und Europäern beschritten werden können. Nicht alle erscheinen uns für die politische Linke attraktiv.

### **Drei Optionen für die Zukunft: neoliberales Weiterlavieren, ...**

Erstens besteht die Möglichkeit, auf dem bereits ausgetretenen Pfad des „weiter so“ zu wandeln. Dies bedeutet, keinen Anlauf zur Konzentration der europäischen Kräfte zu unternehmen, sondern in ebenso großer Gelassenheit wie Ratlosigkeit und im Vertrauen auf die existierenden Institutionen die neue Unordnung der Welt zu beobachten. In diesem Szenario zerbrechen sich die Europäerinnen und Europäer nicht den Kopf über die Finalität des Integrationsprozesses, denn alles zu Erreichende ist heute bereits vorgezeichnet: Der gemeinsame Markt ist das Kernstück des europäischen Hauses und an seinen begleitenden Politiken ist bestenfalls ein bisschen zu feilen. Der Status quo benötigt weder Fantasie noch Vision, allenfalls verbesserte Durchsetzungsstrukturen. Diese allerdings nicht im Sinne eines zu stärkenden politischen Zentrums in Brüssel, sondern eher in Form quasi-automatischer Sanktionsinstrumente. Es ist der Weg, den Neoliberale, aber auch Konservative wie Wolfgang Schäuble gewählt haben. Keine noch so große Krise kann die einstmals festgelegten wettbewerbs- und ordnungspolitischen Grundlagen von Binnenmarkt und Währungsunion erschüttern. Austerität ist die oberste Handlungsmaxime eines Konver-

genzbestrebens, nach dem der ausgeglichene Haushalt – und sei es um den Preis explodierender Schuldenstände – die wichtigste wirtschaftspolitische Maßnahme darstellt, um eine vermeintliche Wettbewerbsfähigkeit der unterschiedlichsten nationalen Volkswirtschaften herzustellen. Unter dem Schirm des „one-size-fits-all“ dieser Politiken müssen sich alle Staaten unbedingt versammeln; wer die Regeln wiederholt infrage stellt, soll – siehe Schäubles Grexit-Pläne – die Gemeinschaft verlassen, zumindest temporär. Vor dem Entstehen eines von Jürgen Habermas so treffend bezeichneten „postdemokratischen Exekutivföderalismus“ hat man in dieser Perspektive keine Sorge: Wenn sich alle an die Spielregeln halten wird sich der politische Erfolg des Integrationsprojektes schon einstellen und ausreichend Output-Legitimation bescheren.

### **...den Rückweg in den Nationalstaat beschreiten, ...**

Zweitens könnte man zu der Auffassung kommen, dass der vor über sechzig Jahren beschrittene Pfad schon zu weit ausgebaut wurde, während das auf der Wegstrecke vor uns liegende Dickicht an Problemen als undurchdringbar erscheint. Umkehr und Integrationsrückbau ist in diesem Szenario die Perspektive. Die neu entfachte Sorge vor einer unkontrollierten Globalisierung, die auch in Europa zahlreiche Verlierer produziert, wird hier genutzt, um zur Besinnung auf Errungenschaften des Nationalstaats aufzurufen. Dies ist nicht allein eine Denkfigur der extremen politischen Rechten, auch wenn diese sie am konsequentesten und am lautesten in politische Propaganda umgesetzt hat. Statt ständiger Anpassung „auf dem abschüssigen Weg in den demokratiefreien Einheitsmarktstaat“ (Wolfgang Streeck) wünschen sich auch manche Linke die in Punkto transnationalem Integrationserfordernis überschaubaren sechziger Jahre zurück. Damals konnten Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitiken noch weitgehend national determiniert werden, die Sozialpartner konnten wesentlich stärker mitbestimmen und das TINA-Prinzip („there is no alternative“) war noch nicht erfunden. Die Vision liegt hier in der Entflechtung des

viel zu komplexen Mehrebenensystems durch Rückzug aus den Gemeinschaftsinstitutionen. Es ist die Sehnsucht nach einem Zurück in das „goldene Zeitalter“ der Nachkriegsjahrzehnte, die hier ihren politischen Ausdruck findet (vgl. Mikfeld in spw 4/2016). Wie weit zurück man gehen möchte, gehen kann, ist rein politisch bestimmt. Mit dem Brexit führt Großbritannien gerade vor, dass auch die Mitgliedschaft im Binnenmarkt nicht sakrosankt ist. Die Hoffnung der Protagonisten des „roll back“: Mit dem Verschwinden des Euros entledigt man sich der Eurokrise; mit dem Zurechtstutzen der Marktcompetenzen blühen die nationalen Wohlfahrtsstaaten wieder auf. Abseits der rechtsnationalen Extrempositionen (Marine Le Pen: „Ich will die EU zerstören“) sind die Vertreter der Rückkehr in Richtung Nationalstaat nicht so naiv anzunehmen, es bräuchte keinerlei transnationale Kooperation. Sie wissen, auf den Ruinen des heutigen Integrationsgebäudes müsste ein neues Netz von bilateralen und in kleinen – fall- und themenbezogenen – Gruppen organisierten Absprachen entstehen. Da der Fokus auf den demokratischen Institutionen des Nationalstaats beruht, soll diese Form des zwischenstaatlichen Verhandels rein intergouvernemental ablaufen. Ähnlich wie die Verteidiger des Status quo verlässt man sich hier also auf die Output-Legitimation.

### **...oder einen alternativen Pfad für ein solidares Europa einschlagen**

Drittens gibt es noch die Option, den bisherigen Integrationspfad zugunsten eines alternativen Weges zu verlassen. In diesem Szenario würden die Europäerinnen und Europäer nicht vor als unlösbar abqualifizierten Herausforderungen den Rückzug antreten, aber auch nicht schlecht ausgerüstet an ihnen vorbeilavieren wollen. Sie akzeptieren, in einer Welt wachsender „globaler Risiken“ (Ulrich Beck) zu leben, doch sie wollen sich ihnen weder ergeben noch vor ihnen zurückweichen. Finanzmarktregulierung, Klimaschutz, Verteilungsgerechtigkeit, Migrationspolitik, Schutz vor Terrorismus und viele weitere Politikfelder lassen sich in dieser Perspektive nur transnational nachhaltig gestalten. Was weltweit noch zu kompliziert erscheint, kann europäisch bereits auf den Weg

gebracht werden und so auch den Lauf der Globalisierung verändern. Sympathisanten dieser internationalistischen Antwort auf die Integrationskrise der EU müssen allerdings Abschied nehmen von einer Lebenslüge: Dies ist die Erzählung, globale und europäische Interdependenzen könnten auch durch weniger oder im Status quo verharrende Integration gestaltet und gesteuert werden. Der Rückzug in den Nationalstaat macht die einzelnen Staaten und ihre jeweilige Bevölkerung nicht souveräner, sondern zum Spielball der an nationalen Grenzen nicht halt machenden globalen Risiken. Doch der Verbleib im tradierten Integrationsmodus ermöglicht kaum Gestaltungsoptionen jenseits der Marktschaffung. Schon in der spw 3/2014 mussten wir mit Blick auf die Krisenbewältigung insgesamt und auf die Situation in den verschiedenen Teilregionen Europas feststellen, wie festgefahren die politische Situation zwischen neoliberaler Binnenmarktintegration, oft politisch ohnmächtigen sozialen Protesten und rechtspopulistischer Zerfallsbegeisterung war. Mehr denn je muss daher das marktgetriebene Integrationsmodell ergänzt und eingebettet werden in eine gemeinsame Identität stiftende soziale und politische Union. Dies wird mittelfristig nicht ohne ein Mehr an Input-Legitimation durch die europäischen Bürgerinnen und Bürger selbst funktionieren können: Eine Vertiefung der Integration über ihre Köpfe hinweg wäre kaum von langer Lebensdauer.

Ist dies aber nicht die linke Utopie einer „europäischen Republik“ (Ulrike Guérot), fern von den realen Problemen im Hier und Jetzt? Nicht unbedingt, denn ein alternativer Europapfad verlangt zunächst eine in den letzten Jahren unversucht gelassene pragmatische Abkehr von neoliberalen Glaubenssätzen ebenso wie von der ungeschriebenen Regel, dass alle Mitgliedsstaaten jeden Integrationsschritt in gleicher Schrittlänge und am besten zeitgleich gehen müssten. Die politische Linke sollte sich nichts vormachen: Die derzeitigen Fliehkräfte in der EU werden nicht mit dem Versuch eines ohne Anlauf zu nehmenden Integrationssturms zu bändigen sein. Die Sozialdemokratie im Speziellen wird eigene politische Fehldeutungen und -entscheidungen zu analysieren haben. Eindeutig muss die Orientierung sein: Vor-

wärts, aber abgestuft: Was sind unverzichtbare Mindestanforderungen an ein Funktionieren bisheriger Integrationsprojekte? Wie kann die „neoliberale Navigationskarte“ (Stephan Schulmeister) abgelöst werden durch einen alternativen Pfad, der europäische Gestaltungskapazitäten in einer multipolaren Welt eröffnet? In welchen Themenfeldern lässt sich umgehend, in welchen perspektivisch ein Mehr an demokratischer Mitsprache verwirklichen? Welche Themen eignen sich aus sozialdemokratischer und sozialistischer Sicht, um mittels neuer Koordinierungsanstrengungen zur Idee der „Einheit in Vielfalt“ zurückzufinden? Wie lässt sich eine solidarische Mehrheit in der europäischen Zivilgesellschaft und im europäischen Parteienrund mobilisieren, um einen so skizzierten Pfadwechsel durchzusetzen?

Diese Fragen wollen wir mit den Beiträgen dieses Schwerpunkts aufgreifen und in einem wichtigen Wahljahr in Deutschland, aber auch in Frankreich, den Niederlanden, Tschechien, Bulgarien und mutmaßlich Italien, einen Beitrag zur Strukturierung der europapolitischen Debatte innerhalb der Sozialdemokratie leisten. Angesichts globaler Verwerfungen und wachsender Unzufriedenheit in der Gesellschaft über wirtschaftliche, soziale und politische Verhältnisse wird es entscheidend sein, wie sich die SPD mit ihrem designierten Kanzlerkandidaten und Parteivorsitzenden Martin Schulz als überzeugtem Europäer positioniert. Zum Gegner hat sie all jene, die das marktliberale Globalisierungsmodell für unabänderlich halten, sowie jene, die einfache Forderungen der nationalen Regression verkünden, ohne nachhaltige Antworten geben zu können. In welchen Zustand sich die verschiedenen sozialdemokratischen Parteien in Europa befinden und ob eine begründete Hoffnung auf die Sozialdemokratie als Akteur für eine solidarische Gesellschaft besteht, soll in einem weiteren spw-Schwerpunkt in diesem Jahr näher beleuchtet werden.

### Beiträge des Schwerpunkts

*Gesine Schwan* startet unseren Themenfokus mit der Frage, warum Europa angesichts so vielfältiger Kritik dennoch relevant und

wichtig ist. Ein soziales und demokratisches Europa kann in einer unsicheren Welt am besten ein Leben aller Menschen in Würde ermöglichen. Entscheidend sei aber eine Abkehr von den hausgemachten Fehlritten der europäischen Integration, wie dem neoliberalen Management der Finanz- und Eurokrise. Schwan plädiert für ein solidarisches Europa, das eine kooperative Wirtschaftspolitik mit einer kommunal gesteuerten Migrationspolitik, sozialpolitischen Zielen und gestärkter demokratischer Legitimation verbindet.

*Andrea Nahles* konkretisiert die Forderung nach einer sozialen EU, deren wichtigstes Ziel die Bekämpfung der wachsenden Ungleichheit sein muss. In Abgrenzung zur konservativ-liberalen Europapolitik und über bisherige Ansätze der Sozialdemokratie hinausgehend, identifiziert Nahles zwei Kernprojekte, mit denen sozialer Fortschritt verwirklicht und der innere Zusammenhalt der EU gestärkt werden kann: Ein größerer und aus Eigenmitteln gespeister Haushalt der EU soll gezielt für die Förderung von Wachstum und Beschäftigung eingesetzt werden. Zudem soll ein gemeinsamer Rechtsrahmen für die Festsetzung und Anpassung des Mindestlohns sowie für Mindeststandards in der Grundsicherung Teilhabe und Armutsvermeidung ermöglichen.

*Hans-Jürgen Bieling* analysiert, inwieweit sich die EU zu einem „Imperium“ eigener Staatlichkeit entwickelt hat, das zwar auf den Nationalstaaten aufbaut, diese aber auch überformt. Anhand der Euro- und der Migrationskrise zeigt Bieling auf, wie das Handeln der EU zunehmend exekutivlastiger geworden ist. Das Ergebnis sind einerseits neue Gemeinschaftsinstrumente, andererseits eine Tendenz zur Renationalisierung von Politiken. Damit aber prägt sich das Gefälle zwischen Zentrum und Peripherie ebenso weiter aus wie die heterogene Entwicklung und beides befeuert so die Integrationskrise. Erforderlich seien über das Europäische Parlament verhandelte transnationale Arrangements der Lastenteilung, um letztlich nationale Handlungsspielräume zu erweitern. Dies ist für eine gemeinschaftliche Grenz- und Migrationspolitik noch eher vorstellbar als für

Schritte in Richtung einer Wirtschafts- und Fiskalunion für die Eurozone.

*Georg Feigl* konzentriert sich auf die notwendigen Voraussetzungen für ein Funktionieren der Wirtschafts- und Währungsunion. Auch wenn weiterhin finanzielle Ausgleichs- und Korrekturmechanismen bei asymmetrischen Krisen, Außenhandelsungleichgewichten und Wirtschaftseinbrüchen fehlen, könnte eine ökonomische Stabilisierung der Eurozone auf niedrigem Niveau gelingen. Wenn die große institutionelle Integrationsvertiefung in Richtung Fiskalunion derzeit nicht möglich scheint, gilt es laut Feigl, das existierende Setting europäischer Governance neu auszurichten. Hierfür schlägt er die Orientierung am „magischen Vieleck der Wirtschaftspolitik“ vor. Mittels neu einzurichtender Wohlstandsrate, einer Abkehr von der Prozyklik europäischer Fiskalregeln und der Bekämpfung von Steuerwettbewerb und -flucht könnte die Orientierung an Wohlstand als neuer Zielbeschreibung für europäische Konvergenzbestrebungen gelingen.

*Nikolaus Kowall* sieht einen zentralen Erfolgsgrund für die derzeitige Welle des Rechtspopulismus in der Vernachlässigung einer gestalteten globalen Wirtschaft. Dagegen könne sich Deutschland innerhalb Europas als „Bollwerk“ von Pluralismus, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit positionieren, indem es mit klugen sozioökonomischen Politiken dem Rechtspopulismus den Nährboden entziehe. Aufgabe der SPD sei daher, die Abkehr Deutschlands von der Weiterverfolgung des schädlichen Standortwettbewerbs in der EU ebenso zu bewirken wie eine Verringerung seiner Exportabhängigkeit. Kowall schlägt neben neuen Koordinierungsansätzen und einer Stärkung der Binnenwirtschaft insbesondere die Konzentration auf ein europäisches Investitionsprogramm vor.

„Linke Strategien für Europa“ ist auch die Überschrift der spw-Frühjahrstagung, die vom 10. bis 11. März 2017 in Dortmund stattfinden wird. Wir wünschen uns, mit vielen Leserinnen und Lesern auf der Tagung über linke Strategien für Europa ins Gespräch zu kommen. ■